

Sicherheit hängt vom Beitrag ab

Deutschlands Verteidigungsleistung bestimmt europäische Verteidigungslinie

Frankfurt a. M. (AP). Die Verteidigungslinie des Westens gegen eine sowjetische Aggression werde so weit östlich vorgeschoben, wie es die Unterstützung durch Westeuropa und Deutschland gestatte, wurde von maßgeblicher alliierter Seite erklärt. „Je größer die Unterstützung ist, die die Vereinigten Staaten erfahren, um so weiter östlich kann Westeuropa verteidigt werden.“ Die Einstellung der SPD, daß die Westmächte genügend Truppen an der Elbe zur Verfügung haben müßten, um nach einem sowjetischen Angriff sofort zur Weichsel vorzustoßen, könne nur als „phantastisch“ bezeichnet werden. „Die Westalliierten würden keine deutsche Hilfe brauchen, wenn sie über derart große Streitkräfte verfügten.“

Es wurde angedeutet, daß das Hauptgewicht der westlichen Verteidigung am linken Rheinufer liegen werde, sofern Deutschland sich nicht beteilige. Man werde nicht mit den Deutschen über einen Verteidigungsbeitrag handeln. „Wenn die Idee der europäischen Verteidigung nicht mit ganzem Herzen unterstützt wird, ist sie wertlos. In jedem vom Westen aufgebauten Verteidigungssystem werden die Deutschen eine völlig gleichberechtigte Stellung haben.“

Die Frage einer deutschen Wiederbewaffnung müsse „ohne Druck oder Beeinflussung durch die Alliierten“ erörtert werden. Die Situation der Bundesregierung sei erschwert, weil von den Westmächten bisher noch keine konkreten Vorschläge über die Verwendung deutscher Truppen gemacht worden seien.

Verständnis für deutsche Vorstellungen

Bonn (dpa). Bundeskanzler Adenauer erklärte über seine letzte Aussprache mit den Oberkommissaren auf dem Petersberg, daß seine wirtschaftlichen und juristischen Vorstellungen „großes Verständnis gefunden“ hätten. Als eines der wesentlichen Ergebnisse gab er bekannt,

Vor Revision des Berliner Statuts

DT. Berlin. Oberbürgermeister Reuter nahm am Donnerstag zu der bevorstehenden Aenderung des Berliner Statuts Stellung. Man dürfe erwarten, betonte er, daß die vielen Vorbehaltsrechte der Alliierten im Hinblick auf die deutsche Gesetzgebung aufgehoben würden. Die Alliierten sollten sich darauf beschränken, die von den deutschen gesetzgebenden Körperschaften verabschiedeten Gesetze auf ihren demokratischen Charakter zu prüfen, sie sollten aber darauf verzichten, in die Materie einzugreifen. Reuter schlug vor, daß der Kontrollapparat der Alliierten eingeschränkt und dafür ein kleines alliiertes Gremium gebildet wird, das von Zeit zu Zeit Beratungen mit deutschen Körperschaften pflegt.

Für Berlin habe die Revision des Statuts weniger Bedeutung als für die Bundesrepublik, betonte Reuter. In jedem Falle hänge die Aenderung des Statuts hinter den Tatsachen her. Die Beziehungen zwischen den Deutschen und den Alliierten in Berlin hätten sich so entwickelt, daß ein gesundes Vertrauensverhältnis die Paragraphen des Besatzungsstatuts ersetze. Reuter wies darauf hin, daß die Funktionen der Alliierten Kommandantur auch durch die allmähliche Eingliederung Berlins in die Bundesrepublik eingeschränkt würden. Man dürfe bereits für die nächste Zeit erwarten, daß die Verfassungsgerichtsbarkeit des Bundes auf Berlin ausgedehnt werde.

Das mandschurische Arsenal

Durch die Intervention im koreanischen Kriege hat die kommunistische chinesische Regierung in Peking zu erkennen gegeben, von wie großer Bedeutung die am Grenzfluß Yalu gelegenen Kraftwerke für das Reich der Mitte sind. Von den Stromlieferungen dieser durch die Japaner errichteten Energiezentren ist das einzige wirkliche Industriegebiet Ostasiens abhängig: die Mandschurei. Im Jahre 1932 wurde das Land von den Japanern besetzt. Zwei Jahre später verwandelten die Okkupanten die Mandschurei in das Kaiserreich Mandschukuo. Zu dieser Zeit begann unter japanischer Führung der wirtschaftliche Aufbau und Ausbau des gewaltigen Territoriums. Noch 1907 hatte das Land zwölf Millionen Einwohner. Vierzig Jahre später waren es sechzig Millionen geworden. 1944 lebten in der Mandschurei zwei Millionen Japaner. Sie besetzten alle führenden Positionen im Heer, in der Verwaltung und in der Industrie. Durch ihren unermüdelichen Fleiß wurde die Mandschurei sehr bald zu einem hochmodernen Industriestaat.

Die Japaner regulierten die Flüsse, sie zogen Staudämme, sie bauten Kraftwerke, Kanäle, Ueberlandleitungen und Schienenstränge von mehreren tausend Kilometern Länge. Die Mandschurei hat heute Eisenbahnstrecken von mehr als 11 000 Kilometern, das siebenmal größere China dagegen nur 13 000 Kilometer. Die Japaner schürften nach Kohlen, Erzen und Oelschiefer; sie bohrten nach Erdöl und Erdgas; sie stießen auf Kohlenvorkommen bester Qualität von 11,5 Milliarden Tonnen; sie entdeckten Eisenerzvorkommen von 1,5 Milliarden Tonnen und Oelschiefervorkommen von 7,6 Milliarden Tonnen. Die Kohle liegt bei Fushun, Yendai und Penschu an manchen Stellen so dicht unter der Erdoberfläche, daß sie im Tagebau gefördert werden kann. Die Förderleistung betrug 1949 weit über 30 Millionen Tonnen. In unmittelbarer Nähe der Zechen entstanden die Hüttenwerke der „Showa-Eisen- und Stahlwerke“. Sie liegen in Anshan, an der Bahnlinie Mukden-Dairen, und sind die größten und modernsten Hüttenwerke des außerrussischen Asien. Weit in die Ebene von Mukden hinaus leuchten in der Nacht die Feuer der Anshaner Hochöfen.

Reiche Oelschiefervorkommen gibt es in der Provinz Jehol und im Gebiet von Fushun, wo die Kohlenlager von Oelschiefersteinen in einer Mächtigkeit von 70 bis zu 120 Metern überlagert sind. Für den Abbau benutzt man die Anlagen der Kohlenzechen. Aus dem Oelschiefer wird Gas gewonnen, auch Pechöl, Ammoniak, Schwefelsäure und Kalkstein. Drei große Hydrierwerke verwandeln die mandschurische Kohle in Benzin. Ihre Jahresproduktion belief sich 1947 auf 100 000 Tonnen. An die mandschurische Schwerindustrie gliederten die Japaner eine lange Kette verarbeitender Industrien an: Maschinen-, Waffen-, Werkzeugfabriken, Flugzeug- und Automobilwerke. Alle diese Gesellschaften konnten ihr Kapital innerhalb eines Jahrzehnts verzehnfachen. Die mandschurischen Bauxit- und Magnesitvorkommen gehören zu den größten der Erde.

Wie eine reife Frucht fiel dieses hochindustrialisierte Land nach der japanischen Kapitulation den Russen in

daß in Zukunft nur noch solche Deutschen an fremde Staaten ausgeliefert werden sollen, die nach deutschen Gesetzen wegen Mordes bestraft werden können.

Ueber die möglichen wirtschaftlichen Zugeständnisse, zu denen sich Adenauer nicht äußern wollte, um den Alliierten nicht vorzugreifen, wird aus Regierungskreisen bekannt, daß sich diese auf die Stahlherzeugung und die synthetische Produktion erstrecken werden. Die deutsche Stahlproduktion solle für den europäischen Bedarf bis zur vollen Höhe ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen werden dürfen.

Anerkennung der Vorkriegsschulden

Bonn (AP). Wie aus maßgeblichen Kreisen bekannt wird, will die Bundesregierung in Kürze die Auslandschulden aus der Vorkriegszeit anerkennen. Dafür werden eine Reihe alliierter Kontrollen im Bundesgebiet eingeschränkt. Die Alliierten hätten zum Ausdruck gebracht, daß sie von der Bundesrepublik nicht die Uebernahme der gesamten Schulden des alten Reiches erwarteten. Die offizielle Uebernahme der Vorkriegsschulden durch die Bundesregierung werde auch nicht bedeuten, daß alle Gläubiger mit einer alsbaldigen Auszahlung rechnen könnten. Sobald die entsprechenden Dokumente zwischen der Bundesregierung und den Besatzungsmächten ausgetauscht seien, werde das revidierte Besetzungsstatut veröffentlicht.

Französische Gelder für Bayernpartei?

München (dpa). Der ehemalige Schatzmeister der Bayernpartei, Dr. Eduard Maier, teilt mit, daß der BP-Bundestagsabgeordnete von Aretin ihm wiederholt versichert habe, der Bayernpartei seien mehrfach französische Gelder zugeflossen. Kurz nach ihrer Gründung habe die BP durch die Vermittlung eines mit dem Abgeordneten Aumer befreundeten französischen Obersten Geld erhalten. Aumer sei zum Dank dafür als Bundestagskandidat aufgestellt worden.

Lebenslängliche in Landsberg begnadigt

Frankfurt a. M. (UP). Der Befehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Handy, hat vierzehn wegen Kriegsverbrechens verurteilte Deutsche im Landsberger Gefängnis begnadigt. Darunter befinden sich neun Häftlinge, die als frühere Bewachungsmannschaften im KZ Mauthausen lebenslängliche Haft hatten.

Dibelius vor Studenten

DT. Berlin. Vor Hunderten von Studenten der Freien Universität sprach am Donnerstagabend Bischof Dibelius über die ökumenische Gemeinschaft der Kirchen und ihre Stellung zu den internationalen Fragen der Gegenwart. Er schilderte, wie sich in den letzten Jahrzehnten die christlichen Kirchen der Welt um ihren Zusammenschluß bemüht haben und hob hervor, daß die sowjetische Regierung den Kirchenvertretern der von Rußland abhängigen Staaten vielfach die Teilnahme an internationalen Kirchenkonferenzen verboten habe. Alle großen politischen Streitfragen der Gegenwart müßten sich friedlich regeln lassen. „Für das sowjetisierte Rußland ist die marxistische Doktrin allein gültige Anschauung. Es herrscht der Glaubenssatz, daß die Auseinandersetzung zwischen Proletariat und Kapitalismus nicht ohne Blutvergießen geführt werden könne“, sagte Dibelius. In

den Schoß. In der Konferenz von Jalta war die Mandschurei China zugesprochen worden. Aber da Stalin sich verpflichtet hatte, drei Monate nach Deutschlands Kapitulation in den Krieg gegen Japan einzutreten, gestattete man ihm den Zutritt zur Mandschurei. Für die russischen Divisionen war drei Monate nach der deutschen Kapitulation der Einmarsch in die Mandschurei ein Spaziergang. Stalin hatte die mandschurische Partei gegen Japan endgültig gewonnen. Unter dem Vorwand, die von Japan aufgebaute Rüstungsindustrie zu demonstrieren, überführten die Sowjets 80 bis 90 Prozent der mandschurischen Schwerindustrie in die Hände russisch kontrollierter Gesellschaften.

Da die Industrie Koreas durch Bombenangriffe zerstört und niedergewalzt worden ist, sind die Anlagen von Anshan und Fushun außer den Kombinat Sibiriens die allein leistungsfähige Schwerindustrie des asiatischen Festlandes. Die Mandschurei liefert Rotchina alles, was es für den wirtschaftlichen Aufbau und für seine Kriegführung braucht: Kohle und Strom, Stahl und Oel, Maschinen, Werkzeuge, Lokomotiven und Autos. Die Mandschurei ist die gegenwärtige und die zukünftige Kraftquelle des kommunistischen China.

Rudolf Theis

Geheimnis der Atombombe gelüftet

Von Howard W. Blakeslee, wissenschaftlichem Mitarbeiter der Associated Press

Plutonium, das künstlich hergestellte Element, aus dem das Herz einer Atombombe besteht, soll in den Vereinigten Staaten in größerem Umfang als bisher erzeugt werden. Gleichzeitig mit der Errichtung eines neuen großen Werkes in Richland im Staate Washington hat die Atomenergie-Kontrollkommission der Vereinigten Staaten einige bisher streng geheimgehaltene Einzelheiten des Produktionsvorgangs bekanntgegeben.

Der Ausgangsstoff für Plutonium ist Uran. In einem massiven Würfel aus grauem Graphit sind Hunderte von engen Schächten waagrecht eingelassen, die kerzenförmige Uranstäbe in Aluminiumverkleidung aufnehmen. Diese Stäbe bleiben für eine Zeitspanne, die militärisches Geheimnis ist, in dem Graphitblock, dann werden sie durch Fernsteuerung ausgestoßen. Das Werkpersonal beobachtet dies hinter einer massiven Betonschutzwand durch ein sogenanntes Fliegenauge, einen mit Glaslinsen verkleideten wassergefüllten Durchlaß. Die in intensivem blauem Licht glühenden Stäbe bestehen in diesem Stadium noch vorwiegend aus Uran, das aber bereits in etwa 40 andere Elemente, darunter Silber, Zinn, Arsen, Jod, Barium und Kadmium, zu zerfallen beginnt. Das später entstehende Plutonium bildet nur einen Bruchteil dieser Zerfallsprodukte. Die Stäbe fallen in eine tiefe, wassergefüllte Grube und bleiben dort, bis sich das bei der Uranumwandlung in Gasform entweichende Jod niedergeschlagen hat. Unter Wasser werden die Stäbe — wieder durch Fernsteuerung — sortiert, in Behälter gelegt und in die sogenannte Schlucht gebracht, einen massiven Betonblock von der doppelten Länge eines Fußballplatzes,

FDP verlangt mehr Einfluß

DT. Bonn. Zwischen den Fraktionen der Regierungsparteien und der Bundesregierung fand am Donnerstag eine Aussprache über die Konsequenzen aus den Ergebnissen der letzten Länderwahlen statt. Dabei wurde die Auffassung der Regierung gebilligt, daß weder ein Grund für Neuwahlen zum Bundestag noch für die Bildung einer großen Koalition mit der SPD gegeben sei. Die Vertreter der FDP verlangten jedoch, daß der FDP innerhalb der Bundesregierung ein stärkeres Gewicht zukomme. Sie könne die Verantwortung für die Politik der Bundesregierung „nur dann weiterhin mittragen, wenn der Kanzler sich bereit erklärt, von seiner bisherigen Regierungsmethode, bei der alles auf seine Person zugeschnitten ist, abzugehen, und statt dessen eine wirkliche Zusammenarbeit im Kabinett ermöglicht“. Man erwartet, daß die FDP den Posten des Außenministers für sich beanspruchen wird. Als Kandidat dafür wird der jetzige ERP-Minister und Vizekanzler Blücher genannt.

Sowjet-Spion verhaftet und freigelassen

Dinslaken (dpa). Bundesinnenminister Lehr teilte in einer CDU-Versammlung mit, daß kürzlich ein sowjetischer Oberst mit einem Spionagetrupp bei einem Hydrierwerk in der Bundesrepublik festgenommen worden sei. Der Trupp habe Handfeuerwaffen gehabt.

Düsseldorf (dpa). Der britische Landeskommissar, General Bishop, erklärte zu der Mitteilung des Bundesinnenministers, daß die deutsche Polizei den sowjetischen Offizier bei Bochum festgenommen habe. Dieser sei wieder freigelassen worden, nachdem seine Identität festgestellt worden sei. Der Fall sei „eine Angelegenheit internationaler politischer Kompetenz“.

allen sowjetischen Staaten seien Pazifismus und Kriegsdienstverweigerung gleichbedeutend mit Hochverrat, auf dem Todesstrafe stehe. Rußland habe nicht abgerüstet, sondern es unterhalte die stärkste Landarmee der Welt. Zur Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages sagte Dibelius, Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen würden die Unterstützung der Kirche finden, dem Staat stehe jedoch das Recht zu, denjenigen, der keine Waffe tragen wolle, an anderer Stelle zu verwenden.

Berliner Wahlkampf

Kommunistische Provokationen. Zu Tumulten, die von Kommunisten provoziert worden waren, kam es in einer Wahlversammlung der USPD in Charlottenburg. Der Referent Schröder hatte erklärt, seine Partei wolle die unzufriedenen Sozialisten aus der SPD und der SED sammeln. Schon zu Beginn seines Referates wurde Schröder durch zahlreiche Zwischenrufe unterbrochen, die ihn schließlich minutenlang überließen. Als daraufhin die Versammlung geschlossen wurde, stürmten zahlreiche Kommunisten an das Rednerpult und versuchten eine Diskussion zu erzwingen. Einzelne Agitatoren verkündeten Propagandathesen der SED. Daraufhin räumte Polizei den Saal.

Reuter: Jeder muß wählen. Oberbürgermeister Reuter sprach nacheinander in zwei Versammlungen der SPD in Zehlendorf. Wenn der Bundeskanzler in der nächsten Woche nach Berlin komme, sagte Reuter, werde man wieder viele Versprechungen hören. „Es ist aber sehr schwer, bei dem sehr klugen Mann klar zu verstehen, was er wirklich meint; man ist hinterher immer ganz enttäuscht.“ Die Einheit und die Freiheit Deutschlands seien nicht am Rhein, sondern nur in Berlin wiederzugewinnen. Zu den Äußerungen verschiedener Parteien, „der Standpunkt der SPD gehört der Vergangenheit an, jetzt müssen wir mal ran“, sagte Reuter: „Ich bin anderer Meinung.“ Hauptsache ist jedoch, daß jeder Berliner zur Wahlurne geht. „Besser ein Kreuz in Liste zwei, als gar nicht wählen.“ (DT)

Bedenken gegen Verteidigungsbeitrag. „Noch nie hat es einen Staat gegeben, der nicht in der Lage gewesen wäre, Geld für Rüstungszwecke aufzubringen“, sagte Frau Dr. Lotter in einer Versammlung der Deutschen Partei in Lichtenrade. „Warum“, fragte die Rednerin, „sollte es nicht möglich sein, auf dem gleichen Wege Mittel zur Vorfinanzierung der Wirtschaft zu erübrigen?“ Ein anderer Redner der DP sagte, bevor „das an Deutschland begangene Unrecht wiedergutmacht worden sei, könne nicht über deutsche Truppenkontingente für die Verteidigung „fremder Interessen“ diskutiert werden.“ (DT)

Wahlversammlungen am heutigen Freitag

(Parteien in alphabetischer Reihenfolge)

BHE: Wedding, Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Straße 42, Ref. Schwachula und Herbst, 20 Uhr; Schwanendort, Reichenhaller Schule, Reichenhaller Straße 8/9, Ref. Schlenz, 20 Uhr. — CDU: N 20, Primus-Festhalle, Böttgerstraße 4—10, Ref. Schreiber und Even, 20 Uhr; Charlottenburg, 7. Volksschule, Bleibtreustraße 43, Ref. Tiburtius, 20 Uhr. — DP: Reichenhaller West, Restaurant Baier, Scharrenortstraße 101—104, Ref. Luemayer, 20 Uhr; Friedenau, Helmholtzstraße, Rubensstraße 63, Ref. von Meeritz und Dr. Wimmer, 20 Uhr. — FDP: Tiergarten, Volkshaus Perleberger Straße, Ref. Blücher und Schmiedke, Kreuzberg, Kleins Festsäle, Hasenheide 12, Ref. Euler und Schroeder. — FSU: Friedenau, Lokal Prinz Handjery, Handjery-Ecke Kirchstraße, Ref. Krull und Schöpplin, 20 Uhr; Reichenhaller West, Schloßbräuerstraße, Scharrenweberstraße 54, Ref. Klemke und Geisler, 19 Uhr 30. — KNSP: P. Lichterfelde Ost, Café Pritsch, Jungfernstieg 29, Ref. Wolf und Spyrä, 20 Uhr; Friedenau, Lauterplatz-Casino, Rheinstraße 80, Ref. Stabenow, 20 Uhr. — SPD: Kreuzberg, Südost-Kasino, Schlesische Straße 26, Ref. Reuter, 19 Uhr 30; Dahlem, Arndtschule, Königin-Luise-Straße 84, Ref. Kressmann und Grün, 20 Uhr. — USPD: Charlottenburg, 15. Volksschule, Scharrenstraße 23, Ref. Wesche, 19 Uhr.

Auch das geschieht

Chronik des allgemeinen Lebens

Sie gab ihrem Kind den „Gnadentod“

Carmarthen (UP). In der walisischen Stadt Carmarthen begann ein Prozeß gegen die zwanzigjährige Autobusschaffnerin Joan Lee, die angeklagt ist, ihre fünfzehn Monate alte uneheliche Tochter, die blind und verkrüppelt war, aus Mitleid getötet zu haben. Gemeinsam mit ihrem mitangeklagten Kollegen Leslie Venables hatte sie das Kind mit einem Schlafmittel betäubt, in einen mit Ziegelsteinen beschwerten Koffer gepackt und ins Meer geworfen. Nach Ansicht der medizinischen Sachverständigen litt das Kind an Knochenweichung; es hatte nur geringe Aussichten, am Leben zu bleiben. In dem schriftlichen Geständnis der Mutter heißt es, sie habe versucht, für das unglückliche Kind ihr Bestes zu tun. Als sie jedoch erkannt habe, daß die Kleine niemals werde sehen oder gehen können, habe sie sich geschworen, sie nicht leben und leiden zu lassen.

Freispruch nach fünf Jahren

Reggio (UP). Der neunundvierzigjährige Lokomotivführer Donati wurde von dem Gericht in Reggio von der Anklage der fahrlässigen Tötung freigesprochen, nachdem es ein fünf Jahre zurückliegendes Eisenbahnunglück untersucht hatte. Am 28. November 1945 war ein aus siebzehn Personen- und Güterwagen bestehender Zug auf dem Bahnhof Rumiero in dichtem Nebel auf ein totes Gleis gefahren und entgleist. Mehrere angekoppelte Zirkuswagen wurden dabei demoliert, und neun Löwen gelangten unverletzt ins Freie. Die hungrigen Tiere fielen sofort ihren Wärter an und rissen ihn in Stücke. Drei Reisende, darunter eine Frau und ein britischer Soldat, wurden von ihnen schwer verletzt. In den folgenden Tagen machten die Löwen die ganze Umgebung unsicher. Drei Bauern wurden von den Bestien überfallen und verschlungen. Auch eine große Zahl von Kühen und Kälbern fiel den Raubtieren zum Opfer. Erst als man Militär herbeigeht hatte, gelang es, acht Löwen in einer großen Treibjagd zu erlegen und den neunten wieder einzufangen. In dem Prozeß konnte der Lokomotivführer nun beweisen, daß es ihm seinerzeit nicht möglich war, die Signale auf dem Bahnhof von Rumiero zu erkennen.

Türkischer Prinz Opfer eines Trainings-K.o.

Paris (UP). Ein junger Mechaniker, der einem französischen Boxer als Sparringspartner diente, wurde bewußtlos in ein Pariser Krankenhaus eingeliefert, wo er kurz darauf starb. Er hatte einen so harten Schlag erhalten, daß er einer Gehirnblutung erlag. Bei der Identifizierung des Toten stellte die Polizei fest, daß es sich um den fünfundzwanzigjährigen türkischen Prinzen Abdul Kalim Djiniz handelte, einen Enkel Sultan Abduls II. Kalim war vor einiger Zeit mit seiner Familie in Nizza in Streit geraten und kurzerhand nach Paris gereist, wo er eine Stelle als Mechaniker bei den Citroën-Werken annahm. In seiner Freizeit arbeitete er als Sparringspartner in einem Trainingslager.

Soziales Gewissen einer Partei

Der Essener Kongreß der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft hat ein Gesicht der CDU gezeigt, wie es auf dem Parteitag in Goslar kaum wahrnehmbar gewesen ist. In Essen fühlte man sich politisch und geistig der sowjetischen Zone näher als in Goslar. Die Mahnung der CDU-Sozialausschüsse an den deutschen Gewerkschaftsbund, daß jede Abweichung von der parteipolitischen und religiösen Neutralität die Einheit der Gewerkschaftsbewegung gefährden müsse, die Entwicklung eines Programms für die Neuordnung der Wirtschaft und die Forderung auf eine gemeinsame Arbeitsbasis der beiden größten deutschen Parteien gaben dem Essener Kongreß einen stärkeren politischen Akzent, als zu erwarten war. Manches Wort, das man hörte, hätte auch in einer SPD-Versammlung gesprochen werden können. Doch blieb es nicht bei der Kritik. Der Arbeitsminister von Württemberg-Hohenzollern, Wirsching, entwickelte ein zwar sozialistisches, aber unmarxistisches Wirtschaftsprogramm, das für die Entscheidungen über die Neuordnung der Wirtschaft und über das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer richtungweisend werden kann.

Gegen den Marxismus grenzte Wirsching seinen Standpunkt durch die Maxime ab: der Mensch und seine Bedürfnisse müssen im Mittelpunkt der Wirtschaft stehen; gegen den dogmatischen Sozialismus durch die These: persönliche Freiheit ist ebenso wichtig wie soziale Gerechtigkeit. Wirsching verlangte auf evolutionärem Wege eine Wandlung der überkommenen Wirtschaftsordnung, zumal sich gezeigt habe, daß auch die freie Marktwirtschaft nicht ohne gewisse Lenkung auskommen könne. Ergänzt man diese Forderungen durch die mit starkem Beifall aufgenommene Äußerung Kaisers, daß die Sozialpolitik nicht ein lästiges Anhängsel der Marktwirtschaft sein dürfe, so ergibt sich eine Opposition gegen den augenblicklichen Kurs der CDU — eine Opposition, welche die innere Problematik dieser Partei zeigt.

Die Warnung an den Deutschen Gewerkschaftsbund, die Einheit der Gewerkschaften nicht durch die Preisgabe einer absoluten Neutralität zu gefährden, bekam besonderes Gewicht durch die Anwesenheit ausländischer Gäste, unter denen sich auch die Präsidenten der christlichen Gewerkschaften Frankreichs und Belgiens, Gaston Tessier und August Cool, befanden.

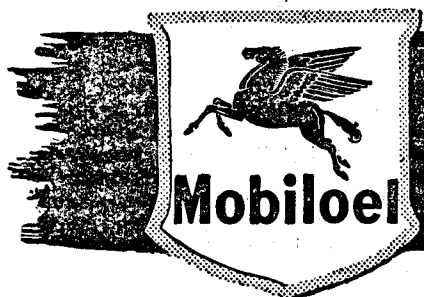
Egon Bahr

Kabinett billigt Devisen-Memorandum

Bonn (UP). Die Bundesregierung hat am Donnerstag in einer Sondersitzung ein Memorandum über den Ausgleich der Zahlungsbilanz gebilligt, das vom ERP-Ministerium in Zusammenarbeit mit den Ministerien für Wirtschaft, Finanzen und Ernährung sowie der Bank deutscher Länder ausgearbeitet worden ist. In der Denkschrift, die dem Generalsekretär der OEEC in Paris zugeleitet werden soll, sind alle Schritte der Bundesregierung zur Überwindung der angespannten Devisenlage aufgeführt.

Die Europäische Zahlungsunion (EPU) hatte einen bereits gewährten Ueberbrückungskredit von 120 Millionen Dollar an die Bundesrepublik von Maßnahmen zum Ausgleich der passiven deutschen Zahlungsbilanz abhängig gemacht. Wie verlautet, denkt die Bundesregierung neben einer Steigerung und Belebung des Exports an eine beschränkte Kontrolle bestimmter Einfuhren.

Herausgeber: Walter Karsch, Erik Reger. Chefredaktion: Erik Reger. Verlagsgleitung: Franz Karl Maier. Verantwortlich: Innenpolitik Dr. Ludwig Eberlein; Außenpolitik Ernst Neumann; Handel Robert Häfnerberg; Feuilleton Dr. Karl Walther Kluge; Berliner Teil Jochen Harting; Sport Victor Hakenberger; Anzeigen Friedrich Wilhelm Teschner. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 7 gültig. Druck: Druckhaus Tempelhof. A 1234 B 78



Arctic ist so hitzefest wie kaltebeständig
Arctic reinigt den Motor
Arctic schmiert sicher, es startet immer.

Arctic ist die berühmteste Ölmarke der Welt!

DEUTSCHE VACUUM OEL AKTIENGESellschaft · HAMBURG